

LAG KJS NRW, KLEINE SPITZENGASSE 2-4, 50676 KÖLN

An die
Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit
Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen

Denken in Chancen!

Dramatische Folgen für junge Menschen aufgrund von Mittelkürzungen im Bundeshaushalts 2024

Köln, 10.08.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge um die Unterstützung benachteiligter junger Menschen bli-
cken wir auf die massiven Kürzungen, die das Bundeskabinett am 5. Juli 2023
im Entwurf eines Bundeshaushalts 2024 beschlossen hat.

Die Förderungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Freiwilligendienste sowie
der Integrations- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete und Zugewan-
derte werden massiv eingeschränkt. Konkret sollen zum Ende dieses Jahres
bereits

- die Bildungsberatung und Förderung (und damit Hilfen zur Fachkräf-
tegewinnung) junger zugewanderter Studierender durch den Garan-
tiefond Hochschule sowie
- das Programm Respekt Coaches zur Rassismus- und Extremismus-
prävention eingestellt werden.

Auch bei der Beratung und Begleitung neu zugewanderter junger Menschen
soll die Förderung um ca. 10 Mio. EUR gekürzt werden. Selbst wenn im Pro-
gramm „Jugendsozialarbeit“ keine Kürzungen vorgesehen sind, so bedeutet
dies jedoch angesichts steigender Personal- und Sachkosten eine faktische
Kürzung.

Darüber hinaus sollen auch

- die Unterstützung unter 25-jähriger Bürgergeldbezieher*innen aus
den JobCentern zur Bundesagentur für Arbeit verlagert und
- der Eingliederungstitel im SGB II reduziert werden.

**Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e. V.**

www.jugendsozialarbeit.info

Ansprechpartner

Stefan Ewers
Email: stefan.ewers@
jugendsozialarbeit.info
Fon: (0221) 165379-20

Geschäftsstelle:

LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2-4
50676 Köln

Fon: (0221) 165379-0
Email: lag-kjs-nrw@
jugendsozialarbeit.info

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE42370205000001152900

Vorstand:

Maria Meurer-Mey, Köln
Dietmar Vitt, Siegen
Frank Janßen, Xanten

Geschäftsführung

Stefan Ewers

Vereinsregister

Köln VR 6844

Dies hat zur Folge, dass den jungen Menschen weniger Förder- und Unterstützungsangebote bei der Bewältigung ihrer komplexen Lebenslagen zur Verfügung gestellt werden können und sie darüber hinaus keine Hilfen mehr aus einer Hand erhalten. Die rechtskreisübergreifende Kooperation und die Zusammenarbeit in den Jugendberufsagenturen haben sich positiv entwickelt. Sie sind jedoch keineswegs in der Lage und finanziell auch nicht dazu ausgestattet, die drohenden Konsequenzen aufzufangen.

Es werden jedoch nicht nur erfolgreiche Angebote der Bildung und Begleitung für junge Menschen gekürzt. Auch Programme, die aufgrund der gestiegenen Belastungen bei jungen Menschen auf deren psychosoziale Unterstützung ausgerichtet sind, fallen den Sparvorgaben zum Opfer.

Dies alles steht im krassen Gegensatz zu der Absicht der Bundesregierung, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, Integration und Fachkräftegewinnung zu fördern sowie zu der regelmäßig betonten besonderen Wertschätzung der Arbeit gemeinnütziger Träger und Einrichtungen, die sich nun von teils langfristig beschäftigten Mitarbeitenden trennen müssen.

Die Pandemie, die massiven Kostensteigerungen durch Energiepreise, Inflation und die berechtigten Tarifsteigerungen für die Beschäftigten haben dazu geführt, dass die ohnehin gesetzlich begrenzten Rücklagen gemeinnütziger Träger und Einrichtungen vielerorts erschöpft sind. Der wirtschaftliche Druck erhöht sich zusätzlich, da Förderpauschalen, Leistungsentgelte und Zuwendungen oft nur mit erheblicher Verzögerung und nur in seltensten Fällen ausreichend angepasst werden.

Die vorgesehenen Kürzungen haben deutliche Angebotseinschränkungen zur Folge und gefährden die Existenz einer qualitativen Unterstützung gerade derjenigen Personengruppen, die in unserer Gesellschaft in besonderem Maße auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Die Reduzierung von Leistungen und die Schließung von Angeboten ist schon jetzt auch in unserer Region Realität. Viele Träger sind durch die Einschnitte in ihrer Existenz gefährdet.

Mit den von der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen werden Armut, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Konflikte – auch in Ihrem Wahlkreis – weiter zunehmen. Das muss verhindert werden.

Bitte nutzen Sie Ihren Einfluss: Weisen Sie im Bundestag auf die dramatischen Folgen der geplanten Kürzungen hin. Setzen Sie sich für eine angemessene Finanzierung und Ausgestaltung der Unterstützung benachteiligter junger Menschen ein. Sie sind herzlich eingeladen, sich auch vor Ort über die aktuelle Situation zu informieren und über die konkreten Folgen eines solchen Bundeshaushaltes ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus stehen wir Ihnen gern für Gespräche zur Verfügung und freuen uns auf eine Terminvereinbarung.

Mit freundlichen Grüßen,



Maria Meurer-Mey
Vorsitzende



Dietmar Vitt
stellvertretender Vorsitzender



Frank Janßen
stellvertretender Vorsitzender



Stefan Ewers
Geschäftsführer